

o.714.0 - STR/lf

Bern, den 14. Mai 1971

Notiz an Herrn Minister Miesch

Finlandbesuch des Departementchefs

Das Verhältnis der Schweiz zur UNO

Die schweizerische Regierung hat das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen im Rahmen eines umfangreichen und eingehenden Berichtes dargestellt, den sie vor bald zwei Jahren den beiden Kammern des schweizerischen Parlamentes vorgelegt hat. Von Zeit zu Zeit sollen zum gleichen Thema ergänzende Berichte ausgearbeitet werden.

Der erste UNO-Bericht hat zu Recht auf die im Verlaufe eines Vierteljahrhunderts geknüpften engen Bande der Schweiz zur UNO und zu den zu ihrer Familie gehörenden Spezialorganisationen hingewiesen. Der Schwerpunkt unserer Mitarbeit liegt bei dem, was wir in der Schweiz mit dem Begriff "technische UNO" zu umschreiben pflegen. Hier hat unser Land durch aktive Mitarbeit in den Spezialorganisationen und in den nichtpolitischen Organen der UNO, sowie durch den Ausbau Genfs als Sitz internationaler Organisationen und Konferenzen eine Stellung erreicht, die sich von der eines Mitgliedstaates der UNO kaum noch unterscheidet. Als Beispiel möchte ich auf unsere Mitwirkung bei der Ausarbeitung der internationalen Strategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt hinweisen. Während der ganzen Vorbereitungsphase waren wir auf der Basis voller Gleichberechtigung an diesem Versuch beteiligt, die Gesamtheit der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Entwicklungswelt in einer Synthese zusammenzufassen. Da wir als Nichtmitglied der UNO an der Schlussabstimmung der Generalversammlung nicht teilnehmen konnten, liess der Bundesrat in einer eigenen Erklärung verlauten, dass die Schweiz sich bei der Festlegung der nationalen Politik auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten

Strategie zum zweiten Entwicklungsjahrzehnt leiten lassen werde.

Als weiteres Beispiel für unsere verstärkte Mitarbeit bei der "technischen UNO" möchte ich kurz auf unsere Absicht zu sprechen kommen, demnächst bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa unsere Kandidatur als Vollmitglied anzumelden. Trotzdem diese regionale Wirtschaftskommission ihren Sitz in Genf hat, war es uns in den ersten Jahren ihres Bestehens nicht möglich, Vollmitglied zu werden. Später, während der langen Jahre der Konfrontation im Zeichen des Kalten Krieges, schien uns dann eine Mitgliedschaft wenig attraktiv, und wir befürchteten politische Nachteile für unsere Stellung als neutraler Staat. Heute glauben wir nun aber, dass eine Vollmitgliedschaft der Schweiz bei der UNO-Wirtschaftskommission für Europa nur Vorteile bringen könnte.

Auch an den Problemen der "politischen UNO" zeigten wir uns nie desinteressiert. Das wäre auch gar nicht möglich gewesen, stimmen doch die in der UNO-Charta enthaltenen Zielsetzungen mit jenen unserer eigenen Aussenpolitik voll überein. Wir haben deshalb von jeher durch finanzielle Mittel oder in anderer unpolitischer Form die friedenserhaltenden Operationen der UNO, wie sie heute noch in Zypern oder im Mittleren Osten im Gange sind, unterstützt. Unser Status eines ständig neutralen Staates und die darauf gründende politische Tradition veranlassten uns aber, in unserer Zusammenarbeit und unseren Kontakten mit der "politischen UNO" äusserst zurückhaltend zu sein.

Wie Sie wissen, ist unsere Neutralität im Völkerrecht verankert, und wir müssen die sich daraus ergebenden Spielregeln beachten. Darüber hinaus haben wir sie politisch immer als ein einzigartiges Instrument tatkräftiger Friedenspolitik verstanden und sind überzeugt, dass sie auch heute noch ein Faktor der internationalen Verständigung und Entspannung darstellt. Jede Einschränkung unserer neutralen Haltung wäre geeignet, im europäischen und weltweiten Rahmen einen neuen Unsicherheitsfaktor zu schaffen, und das wäre wohl gerade jetzt nicht erwünscht. Das

./.

- 3 -

zwischen ständiger Neutralität - so wie wir sie verstehen - und dem in der UNO-Charta enthaltenen Prinzip der kollektiven Sicherheit bestehende Spannungsverhältnis hat nun aber, nach meiner Meinung, kaum etwas von seiner ursprünglichen Problematik eingebüsst. Wenn wir unserer Tradition nicht untreu werden wollen, so müssen wir bei jedem aussenpolitischen Schritt, den wir unternehmen, sicherstellen, dass uns das Vertrauen der Aussenwelt in unsere Neutralität erhalten bleibt. Wir werden deshalb fortfahren, uns den Vereinten Nationen überall da anzunähern, wo dies möglich ist, ohne dass unsere Neutralität beeinträchtigt wird.

Wir wissen natürlich auch in der Schweiz, dass erhärtete Tatsachen und überlieferte Ideen durch neue Entwicklungen in Frage gestellt werden können. Es wird sich zeigen, ob die gegenwärtige Form unserer Beziehungen zur UNO in der sich rascher und rascher verändernden Welt für immer ausreichen wird, um die schweizerischen Interessen voll und ganz zu wahren. Das Schweizervolk war indessen immer bereit und wird weiterhin bereit sein, für die Neutralität des Landes gewisse Opfer zu bringen. Doch sind wir dankbar für das Verständnis, das befreundete Staaten unserer besonderen Stellung und unseren besonderen Problemen entgegenbringen, und fühlen uns ihnen auch verbunden für jede Unterstützung, die sie uns in diesem Zusammenhang leihen könnten.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Internationale Organisationen
I. A.

